

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Harald Ebner, Bärbel Höhn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/14141 –

Atomkraftbezogene Aktivitäten und Kontakte der Bundesregierung und deutscher Stromkonzerne zu einem russischen Geschäftsmann (Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung zu der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 17/13842)

Vorbemerkung der Fragesteller

Am 15. November 2006 fand im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) ein Treffen zwischen dem damaligen Staatssekretär beim BMWi Dr. Bernd Pfaffenbach und dem damaligen stellvertretenden Leiter des russischen Staatsunternehmens Rosatom, Andrey Malyshev, statt. An diesem nahm auch der russische Geschäftsmann Andrey Bykow teil. Den Fragestellerinnen und Fragestellern liegt der offizielle BMWi-Vermerk vom 17. November 2006 über dieses Treffen vor, allerdings mit drei Schwärzungen. Diese betreffen den/die Ersteller des Vermerks sowie weitere Gesprächsteilnehmer auf russischer und deutscher Seite neben Dr. Bernd Pfaffenbach, Andrey Malyshev und Andrey Bykow.

Um unter anderem in Erfahrung zu bringen, welche den Fragestellern noch unbekanntes Gesprächsteilnehmer sich hinter den Schwärzungen verbergen, wurden in der Kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 17/13634 die Fragen 15 bis 18 gestellt. Diese beantwortete die Bundesregierung mit zwei Sätzen. Der erste Satz ist ein Verweis auf eine frühere Antwort, die allerdings keinerlei Angaben zu den fraglichen weiteren Gesprächsteilnehmern enthält (dass den Fragestellern diese frühere Antwort zudem beim Stellen der Fragen 15 bis 18 bekannt war, wird schon daran ersichtlich, dass die Fragesteller sie selbst in Frage 17 referenzierten). Der zweite Satz ist die Aussage, darüber hinausgehende Erkenntnisse lägen der Bundesregierung nicht vor. Dies ist nachweislich falsch, wie der o. g. BMWi-Vermerk vom 17. November 2006 belegt.

Diese Kleine Anfrage soll unter anderem diesen Widerspruch aufklären und die Antwort auf die Frage der weiteren Gesprächsteilnehmer des BMWi-Rosatom-Gesprächs vom 15. November 2006 liefern.

1. Kann die Bundesregierung bestätigen, dass es am 15. November 2006 sowohl von russischer als auch von deutscher Seite weitere Gesprächsteilnehmer gab, die die Bundesregierung bislang noch nicht offengelegt hat?
Falls nein, wo sind die fraglichen Personen genannt?
2. Kann die Bundesregierung weiter bestätigen, dass ihr diese Gesprächsteilnehmer aufgrund des in der Vorbemerkung der Fragesteller genannten BMWi-Vermerks vom 17. November 2006 gleichwohl bekannt sind – ihr also sehr wohl Erkenntnisse vorliegen, die über die in der Antwort zu Frage 9 auf Bundestagsdrucksache 17/11922 gemachten Angaben hinausgehen?

Die Fragen 1 und 2 werden gemeinsam beantwortet.

Der Bundesregierung sind die weiteren Gesprächsteilnehmer bekannt (siehe Antwort zu den Fragen 5 und 6). Erkenntnisse, die über die Antwort der Bundesregierung zu Frage 9 auf Bundestagsdrucksache 17/11922 hinausgehen, liegen nicht vor.

3. Wie viele Personen haben den in der Vorbemerkung der Fragesteller genannten BMWi-Vermerk über das BMWi-Rosatom-Gespräch vom 15. November 2006
 - a) erstellt und
 - b) gezeichnet?
4. Wie viele Personen, die den in der Vorbemerkung der Fragesteller genannten BMWi-Vermerk über das BMWi-Rosatom-Gespräch vom 15. November 2006 erstellt und/oder gezeichnet haben, waren auch an dem Gespräch selbst beteiligt?

Die Fragen 3 und 4 werden gemeinsam beantwortet.

Ein Vertreter des BMWi hat an dem Gespräch teilgenommen und den genannten Vermerk erstellt und gezeichnet.

5. Welche Personen außer Andrey Malyshev und Andrey Bykow waren basierend auf dem BMWi-Vermerk über das BMWi-Rosatom-Gespräch vom 15. November 2006 noch an dem Gespräch beteiligt für
 - a) die russische Seite und
 - b) die deutsche Seite?
6. War insbesondere ein Vertreter der Energiewerke Nord GmbH beteiligt?

Die Fragen 5 und 6 werden gemeinsam beantwortet.

Für die russische Seite nahm neben den in der Frage genannten Personen der damalige stellvertretende Abteilungsleiter „Internationales“ von Rosatom teil. Von deutscher Seite beteiligten sich ein Referatsleiter, zwei Mitarbeiter und ein Dolmetscher aus dem BMWi sowie ein damaliger Geschäftsführer der Energiewerke Nord GmbH an dem Gespräch.

Konditionierungsanlage am Standort Murmansk

7. Liegen a) der Bundesregierung und b) der Energiewerke Nord GmbH Erkenntnisse (mündlich oder schriftlich) vor, ob die Konditionierungsanlage und die dazugehörigen Lagerhallen für anderen Atommüll als ursprünglich in Russland entstandenen genutzt werden sollen, und falls ja, welche Erkenntnisse?

8. Liegen a) der Bundesregierung und b) der Energiewerke Nord GmbH Erkenntnisse (mündlich oder schriftlich) vor, ob die Konditionierungsanlage und die dazugehörigen Lagerhallen für Atommüll aus dem Ausland genutzt werden sollen, und falls ja, welche Erkenntnisse?
9. Liegen a) der Bundesregierung und b) der Energiewerke Nord GmbH Erkenntnisse (mündlich oder schriftlich) vor, ob die Konditionierungsanlage und die dazugehörigen Lagerhallen für Atommüll genutzt werden sollen, der an anderen russischen Standorten bei der Verarbeitung von aus dem Ausland stammendem radioaktiven Material entstanden ist oder entsteht, und falls ja, welche Erkenntnisse?

Die Fragen 7 bis 9 werden gemeinsam beantwortet.

Hierzu liegen keine Erkenntnisse vor.

10. Von welchen konkreten russischen Anlagen bzw. konkreten Abrüstungsprojekten soll nach Kenntnis a) der Bundesregierung und b) der Energiewerke Nord GmbH Atommüll zu der Konditionierungsanlage bzw. den dazugehörigen Lagerhallen gebracht werden (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 11 auf Bundestagsdrucksache 17/13842, „Abrüstungsprojekte“)?

Das Entsorgungszentrum Saida wird gemäß dem bestätigten Projekt errichtet und soll Ende 2014 fertig gestellt werden. Die technische Aufgabenstellung zur Projektierung basiert auf der Erfassung der Menge der vorhandenen und zukünftig noch bei der nuklearen Abrüstung und Entsorgung der Nordmeerflotte der russischen Seestreitkräfte anfallenden radioaktiven Abfälle.

Herkunft der im Entsorgungszentrum Saida (EZS) zur Sortierung/Bearbeitung/Verpackung und Zwischenlagerung vorgesehenen festen radioaktiven Abfälle der Nord/West-Region der Russischen Föderation (Gebiete Murmansk und Archangelsk):

1. Feste radioaktive Abfälle, welche zur Absicherung der Entsorgung der Atom-U-Boote und der Überwasserschiffe der atomaren und der Serviceflotte sowie der Rehabilitierung der Landstützpunkte und Lagerstätten zur Überführung in das EZS vorgesehen sind.

Aus den ehemaligen landgestützten Militärbasen der Seekriegsflotte sowie den Servicestützpunkten in Werften und Betrieben: Andrejewa-Bucht, Stützpunkt Gremicha, MP „Svosdotchka“, PO „Sevmasch“, SRW „Nerpa“, 10. SRW und FGUP „Atomflot“.

2. Feste radioaktive Abfälle, welche nach der Abklinglagerung der Atom-U-Boote und Überwasserschiffe zur Überführung in das EZS vorgesehen sind: Reaktorblöcke der Atom-U-Boote, feste radioaktive Abfälle aus den Reaktorblöcken der Atom-U-Boote sowie Reaktorblöcke und Sektionen der Überwasserschiffe.

Russland-Reisen von BMWi-Vertretern

11. Um welche der „vielfachen Reisen zu verschiedenen Orten Russlands“, die seit 2002 von Vertretern des BMWi im Zusammenhang mit dem Atom-U-Boot-Abrüstungsprojekt durchgeführt wurden (vgl. Antwort zu Frage 22 auf Bundestagsdrucksache 17/13842), handelt es sich konkret (bitte tabellarische Übersicht)?

Die Auflistung erfolgt auf der Basis der Daten der BMWi-Reisekostenstelle, wobei für die Zeit vor 2004 keine Informationen mehr vorliegen.

Folgende Dienstreisen nach Russland von Vertretern des BMWi haben im Zusammenhang mit Atom-U-Boot-Abrüstungsprojekt stattgefunden:

Zeitraum	Ort
März 2013	Murmansk
November 2012	Moskau
August 2012	Murmansk
Oktober 2011	Moskau
August/September 2011	Murmansk
Mai/Juni 2011	Murmansk
November 2010	Archangelsk
September 2010	Murmansk
März/April 2010	Moskau
September 2009	Murmansk
August 2009	Murmansk
Februar 2009	Moskau
Januar 2009	Moskau
Oktober 2008	Murmansk
April 2008	Moskau
Februar 2008	Moskau
September 2007	Moskau
Juli 2007	Moskau
März 2007	Murmansk
Dezember 2006	Moskau
Oktober 2006	Moskau
Juli 2006	Moskau/Murmansk
Juni 2006	Moskau
Mai 2006	Murmansk
April 2006	Moskau
Dezember 2005	Moskau
November 2005	Murmansk/Moskau
September 2005	Moskau
August 2005	Murmansk
Mai 2005	Moskau/Murmansk
April 2005	Moskau/Murmansk
Januar 2005	Moskau
Oktober 2004	Vladivostok/Moskau
September 2004	Moskau/St. Petersburg/Murmansk
Juli 2004	Murmansk
Juni 2004	St. Petersburg
März/April 2004	Murmansk/Moskau

Sonstiges

12. Hat ein Vertreter des BMWi an dem Treffen des ehemaligen Generalsekretärs der russischen Regierungspartei „Einiges Russland“, Walerij Bogomolow (auch „Valery Bogomolov“ geschrieben), mit den Vor-

ständen der vier großen deutschen Atomkraftwerke betreibenden Stromkonzerne am 3. Juli 2004 teilgenommen, über das die „Süddeutsche Zeitung“ am 26. Juni 2012 in dem Artikel „Der russische Pate“ berichtete (vgl. einschränkende Formulierung der Bundesregierung, ein Treffen Ende Juni/Anfang Juli 2004 – lediglich – direkt im BMWi mit Walerij Bogomolow sei nicht bekannt)?

Ein Vertreter des BMWi hat nicht an dem in der Frage genannten Treffen teilgenommen.

13. Hatten Vertreter des BMWi ab dem 3. Juli 2004 im zweiten Halbjahr 2004 Kontakte zu Vertretern der vier großen deutschen Atomkraftwerke betreibenden Stromkonzerne oder anderer Unternehmen der deutschen Atomindustrie, in denen es um russische Atomanlagen und Atommaterial/-müllbestände ging?

Falls ja, welche BMWi-Vertreter hatten welche Kontakte, jeweils wann genau und mit wem auf Seiten der Stromkonzerne?

Vertreter des BMWi hatten im zweiten Halbjahr 2004 keinen in der Frage genannten Kontakt.

14. Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Fragestellerinnen und Fragesteller, dass es einen Widerspruch geben könnte zwischen der Tatsache, dass das BMWi am 15. November 2006 von Andrey Malyshev erfahren hatte, dass es kommerzielle Kooperationspläne russischer Unternehmen/Organisation/Stellen mit deutschen Unternehmen im Bereich der Stilllegung kerntechnischer Anlagen gebe (vgl. Antwort zu Frage 9 auf Bundestagsdrucksache 17/11922), und der Aussage der Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 17/13842, Antwort zu Frage 24, sie habe von entsprechenden Atommüll-Entsorgungsplänen der EnBW Energie Baden-Württemberg AG vor dem Artikel „Krasnojarsk statt Gorleben“ vom 27. Februar 2013 in der „Süddeutschen Zeitung“ nichts gewusst („Hierzu liegen keine Erkenntnisse vor.“)?

Falls nein, warum nicht?

Es wird kein Widerspruch gesehen.

Kooperationen im Stilllegungsbereich und mögliche „Atommüll“-Entsorgungspläne der EnBW im Ausland sind unterschiedliche, nicht zwangsläufig zusammenhängende Sachverhalte.

